die zusammen halten und als souveräne Staaten überall freiwillig eng zusammen arbeiten wo es notwendig und vorteilhaft ist. Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen vor fremder Bevormundung.
Nein zu einer Haftungs- oder Transferunion, nein zu einer Sozialunion, Bankenunion, usw.

Der Euro 7

Der Euro wurde unter hohem Geldaufwand und mittels Vertragsbruch „gerettet". Er ist ein rein politisches Projekt, ökonomisch eine Katastrophe wegen großer sozialer Probleme infolge hoher Arbeitslosigkeit im Süden Europas und erheblicher Vermögensverluste im Norden. Prof. W. Hankel: „Eine Währung, die man retten muß, ist keine mehr". „Die Konstruktionsfehler des Euro scheinen unüberwindbar. Es ist Zeit, über eine Auflösung nachzudenken", so Nobelpreisträger Prof. J. Stiglitz. Deshalb ist der Euro geordnet zu beenden bevor er ungeordnet zerbricht, da er das Wirtschaftswachstum hemmt und Wohlstand mindert. Der Euro ist durch nationale oder übernationale Währungen (Nord-, Südeuro), von Volkswirtschaften in denen gleiche Wettbewerbsfähigkeit herrscht, zu ersetzen. Über den Verbleib im Euro ist eine Volksabstimmung durchzuführen.

Wirtschaft 8

Es besteht die Gefahr der Staats- und Planwirtschaft infolge
- der hohe Kaufkraft des Staates von mehr als 50% des BIP
- der EZB und Ihrer Geldpolitik, die die Zinsen nicht erhöht und seit dem Sommer Unternehmensanleihen kauft. Das ist direkter sozialistischer Staatsinterventionismus. Was wir jetzt haben, hätten Professoren der Volkswirtschaftslehre laut Max Otte schlicht Planwirtschaft genannt.
- Null-Zinsen und Inflation von derzeit über 2% sorgen für eine Entschuldung von Staaten sowie für Vermögensverluste von Privaten. Dieses ist finanzielle Repression zu Lasten der Bürger, die aus der EZB-Politik folgt.

Wir wollen Soziale Marktwirtschaft und eine Begrenzung des Staatssektors.

Wirtschaftliches Paradox 9

Marode Straßen, Brücken, Schulen, Kasernen, die Bundeswehr konnte sich im Manöver nicht einmal mehr Platzpatronen leisten und plötzlich, als die Flüchtlinge kamen, war Geld da in Hülle und Fülle für deren Verpflegung, Unterkunft, Gesundheit, Verkehr und Telekommunikation, ohne daß diese Menschen jemals etwas zum Sozialprodukt beigetragen haben.

Steuer 10

FAZ vom 10.1.2017: „Unter Angela Merkel im Kanzleramt wächst die Belastung der Bürger erheblich. Für 2017 rechnen Fachleute mit einem Anteil von 22,3 Prozent. Das ist viel mehr als zu Zeiten von Gerhard Schröder."
Wir wollen einen geänderten Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einem deutlich höheren Grundfreibetrag.
Wir wollen analog zum Ehegattensplitting die Familie als Erwerbsgemeinschaft verstehen und sie steuerlich in Form des Familiensplittings entlasten.
Die AfD strebt eine rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen an.
Die Steuer- und Abgabenlast soll durch eine im Grundgesetz verankerte Steuer- und Abgabenbremse auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und somit eine maximale Summe der Belastung festgeschrieben werden. Wir wollen den Straftatbestand der Steuerverschwendung.

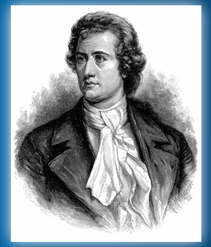
Frieden, militärisches Engagement 11

Das Regime Saddam Husseins, Irak wurde durch einen von engen Verbündeten begonnenen Krieg, der auf einer Lüge beruhte, beseitigt. Das Assad-Regime in Syrien sollte ebenfalls, von den gleichen Kräften, durch einen Krieg eliminiert werden. Auch in der Ukraine fand ein Regimewechsel (system change) durch Verbündete statt. In allen drei Regionen ist die BRD im Gefolge unserer Bündnispartner militärisch aktiv. (Waffenlieferungen, Tornadoflüge, Manöver).
Wir treten dafür ein, sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Die Nato wollen wir nur als reines Verteidigungsbündnis verstanden wissen.

26 GG (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.

Zur Alternative für Deutschland (AfD) 12

„Wenn Sie ein Mensch sind dem bestimmte konservative Werte wie Familie und innere Sicherheit sowie die einzigartige europäische Kultur etwas bedeuten, wenn Sie ein Anhänger des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates sind, dann sollten Sie unbedingt die AfD unterstützen. Sie ist die Partei, die den Abbau der Demokratie, die Entmündigung der Staatsbürger und die Selbstzerstörung unserer Kultur am ehesten verhindern kann" und will. (Zitat: Jürgen Fritz)



„Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum oben auf, und es ist ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist."

Quelle: Goethe, Gespräche. Mit Johann-Peter Eckermann, 16. Dezember 1828

Kurzvita Dr. Gernot Laude

- Bankaufmann, Diplom-Kaufmann, promoviert an der MHH, TU Hannover,
- 35 Jahre beruflich tätig in unterschiedlichen Branchen, Schwerpunkt IT
- 5 Jahre Kommunalpolitik (Stadt, Kreis)

Treten Sie mit uns in Kontakt! - Unterstützen Sie uns.

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Kontaktieren Sie mich:
- per E-Mail unter **gernot.laude@afd-mtk.de**
- über die Kreisinternetseite **www.afd-main-taunus.de**
- auf Facebook **„Alternative für Deutschland - Kreisverband Main-Taunus"**

Wir freuen uns über Ihre Spende unter Angabe von:
„Wahlkampfspende Direktkandidat AfD - Dr. G. Laude", vollständige Adresse für Spendenquittung
Konto: AfD Kreisverband Main-Taunus, Postbank Frankfurt
IBAN DE23 5001 0060 0998 6006 05, BIC PBNKDEFF

V.i.S.d.P. Alternative für Deutschland, c/o LV Hessen AfD, Wasserweg 4, 60489 Frankfurt

Zeit für Veränderungen!

24. September
Erst-, Zweitstimme AfD

AfD ☒ Deine Stimme!

Dr. Gernot Laude

Ihr Direktkandidat der AfD

Alternative für Deutschland

www.afd-mtk.de

Wofür ich als Ihr Direktkandidat der AfD des Wahlkreises 181 stehe:

Demokratiedefizite beheben 1

▸ Die Parteienvielfalt geht verloren. Der Wähler braucht echte Wahlalternativen für die er sich entscheiden kann; Kartellparteien zerstören die Demokratie.
▸ „Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in der Wirklichkeit nichts zu sagen“, sagt Hans Herbert von Arnim. Wir von der AfD treten für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild in wichtigen politischen Fragen ein. So verwirklichen wir Artikel 20 GG, 2 wo es heißt, „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. In der Schweiz wurde damit über eine lange Zeit Stabilität und innerer Frieden sowie Akzeptanz durch Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungen erreicht. Für 70 Prozent der befragten deutschen Wähler sind Volksabstimmungen demokratischer als Abstimmungen im Bundestag.
▸ Der Bundestag ähnelt der Volkskammer der DDR. Politische Entscheidungen fallen in kleinen Zirkeln auf „oberer Ebene“. Die Rolle der Abgeordneten besteht darin, von Zeit zu Zeit all das zu billigen, was schon vorher hinter den Kulissen entschieden worden ist. Ein Beispiel dafür ist die Euro-Rettungspolitik, wo genau nach den Vorgaben der Regierung und Brüssels entschieden wurde. Man erkennt diese Verhältnisse auch daran, daß viele Abgeordnete bei wichtigen Entscheidungen wesentliche Fakten nicht kennen, weil sie nicht eigenverantwortlich, sondern nur nach den Vorgaben der jeweiligen Fraktion abstimmen.
▸ Auch die aktuelle Bundespräsidentenwahl war Scheindemokratie.
▸ In der Flüchtlingsfrage wurde von der Kanzlerin sogar ohne Parlamentsentschluss entschieden. Die Außerkraftsetzung des Grundgesetzes, Artikel 16a, Abs. 2 hätte eine dreiviertel Mehrheit im Bundestag erfordert.
▸ Das bestehende Berufspolitikertum wollen wir durch die Begrenzung der Amtszeit abschaffen, denn Demokratie bedeutet Herrschaft auf Zeit. Politiker sind Angestellte von uns Bürgern auf Zeit.

Hans Herbert von Arnim :“Hinter die Kulissen zu schauen, heißt zu erkennen: Hinter der demokratischen Fassade wurde ein System installiert, in dem völlig andere Regeln gelten als die des Grundgesetzes. Das „System“ ist undemokratisch und korrupt, es missbraucht die Macht und betrügt die Bürger skrupellos.“ Die AfD will dieses ändern.

Innere Sicherheit und Justiz 2

Wir wollen ein Deutschland ohne Parallelgesellschaften und No-Go-Areas, wo es Ereignisse wie in Köln auf der Domplatte oder in Berlin auf dem Weihnachtsmarkt nicht gibt. 167.000 Einbrüche in 2015 sind inakzeptabel.
Täter sollen als solche behandelt werden und nicht als bemitleidenswerte Sozialopfer. Opferschutz statt Täterschutz, keine sozialpädagogische Kuscheljustiz.
Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder zu seiner konsequenten Durchsetzung verhelfen, um die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Meinungsfreiheit 3

„Wenn (Meinungs)Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“ sagt George Orwell. Um dieses Recht steht es schlecht in diesem Land, obgleich dieses in Artikel 5 des Grundgesetzes ausdrücklich zugesichert wird. Massenhafte Zerstörung von AfD-Plakaten, die Beschädigung von Eigentum von Parteifreunden, etwa Autos, Bedrohung beispielsweise von Wirten oder gar körperliche Gewalt gegen AfD-Mitglieder sowie krasse Diffamierung sind Alltag. Wir erleben Gewalt durch die Antifa, einer linksradikalen Organisation, die dennoch nachweislich staatliche Unterstützung aus Steuermitteln erhält. Aber auch wirtschaftlicher Druck, bis hin zum Berufsverbot, ist leider festzustellen. Soziale Medien wie Facebook werden mittlerweile von der Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von der ehemaligen Stasimitarbeiterin Annetta Kahane, zensiert. Die Chefredakteure (Presse) werden regelmäßig ins Kanzleramt eingeladen und dort instruiert. Dafür gibt es Zeugen. ARD und ZDF sind regierungsnah. All dieses ist mit Meinungsfreiheit in einer Demokratie unvereinbar.
Wir stehen für eine Medienlandschaft im Sinne einer vierten Gewalt, die nicht bevormundet, umerzieht, propagiert oder Partei nimmt, sondern die Bürger informiert.

Immigration (Einwanderung, Integration und Asyl) 4

Kanzlerin Merkel öffnete die Grenzen in einem Willkürakt, ohne Parlamentszustimmung, für eine Masseneinwanderung von 1,5 bis 2 Millionen Menschen. Sie brach damit das Grundgesetz Artikel 16a, Absatz 2, das Dublin Abkommen sowie diverse Gesetze wie man im Gutachten von Bundesrichter a. D. Udo Di Fabio nachlesen kann. Ministerpräsident H. Seehofer nennt deshalb die Bundesrepublik einen Unrechtsstaat.
Deutschland hat mehr „Flüchtlinge“ aufgenommen als alle anderen Länder der Welt zusammen. Dieses belastet unser Sozialsystem auf das Äußerste.
Die Kosten werden auf 55 Milliarden (IfW-Prognose) pro Jahr geschätzt. Nobelpreisträger Milton Friedmann: „Man kann einen Sozialstaat haben oder man kann offene Grenzen haben. Man kann aber nicht beides gleichzeitig haben.“
Wir (AfD) wollen den Sozialstaat erhalten und deshalb keine offenen Grenzen, keine Fehlanreize, keine Einwanderung in die Sozialsysteme.
Viele dieser „Flüchtlinge“ sind schlecht ausgebildet oder gar Analphabeten. Wie Helmut Schmidt feststellt, löst eine solche Zuwanderung das demographisch verursachte Arbeitsmarktproblem nicht, „sondern schafft nur ein zusätzliches dickes Problem.“ Als „Beipack“ kommen IS-Kämpfer und Kriminelle. Von 300.000 Personen weiß man nicht wer sie sind und wo sie sind.
Durch diese realitätsfremde Migrationspolitik ist Deutschland zunehmend in Europa isoliert und wird nicht mehr als verlässlicher Partner anerkannt.
Das Asyl-, Sozialrecht ist so zu ändern, daß Deutschland keine massenhafte Armutseinwanderung aus allen Ländern der Erde mehr zu erdulden hat. Wir wollen:
▸ Vollständige Schließung der EU-Außengrenzen
▸ Einrichtung von Schutz-, Asylzentren in sicheren Staaten
▸ Strenge Personenkontrollen an deutschen Außengrenzen
Peter Scholl-Latour: „Wer Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern wird Kalkutta.“

Der Islam 5

Der Islam erhebt nach seinem Selbstverständnis den politischen Anspruch, den Staat ebenso wie Gesellschafts- und Wirtschaftsleben, Moral, Familie und Religion zu beherrschen.
Der Islam ist deshalb nur bedingt eine Religion, denn er ist Rechtsordnung, Gesellschaftsordnung und hat irdischen, politischen Machtanspruch; er ist mehr eine Ideologie als eine Religion.
Das islamische Recht erhebt den Anspruch direkt von Gott vorgegeben worden und damit höherwertig als unser Grundgesetz zu sein.
Der Islam ist mit unserer freiheitlichen, demokratischen Verfassung nicht zu vereinbaren, da er Frauen als minderwertiger als Männer und Nicht-Moslems als noch minderwertiger betrachtet. In einer Demokratie sind aber alle Menschen gleichwertig.
Der Islam definiert alle Andersgläubigen als Ungläubige bzw. als Feinde (harby), die entweder zu bekehren oder zu töten sind. „Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen“, so Karl Marx.
Der Islam kennt keine Glaubensfreiheit. In ihm herrscht die Apostasie, d.h. wer den Islam verläßt wird mit dem Tode bestraft. In unserer Verfassung dagegen ist die Glaubensfreiheit als Individualrecht garantiert.
Zwar sind nicht alle Mohammedaner Terroristen aber alle derzeitigen Terroristen sind Islamanhänger.
Abdel Samad stellt in seiner Analyse des Islam fünf Parallelen mit der Nazi-Ideologie fest: 1. Führerprinzip, 2. Gehorsamsprinzip, 3. Repressionsapparat (Religionspolizei), 4. angestrebte Weltherrschaft, 5. Kampfprinzip.
Der Islam ist deshalb mit unserer Kultur und Lebensform aber auch mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren.
Der Islam gehört nicht zu Deutschland, da er mit dem Grundgesetz, mit der freiheitlichen Ordnung Europas und der unseres Landes sowie dessen Traditionen und Lebensweisen nicht zu vereinbaren ist. Frau Merkel dagegen ist der Ansicht: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Nein, tut er nicht!
Wer gemäß dem Islam leben will, anstatt unsere Lebensweise zu akzeptieren, hat 56 islamische Staaten zur Auswahl.

Zu Europa 6

Das Brüssel-Europa bricht häufig seine selbst aufgestellten Regeln und Verträge, wie zum Beispiel das Maastrichabkommen bei der kostspieligen Rettung Griechenlands (Euro) oder das Schengenabkommen bei der vertragswidrig fehlenden EU-Außengrenzsicherung. Die bestehende EU ist zentralistisch organisiert und hat einen exzessiven Hang zum Bürokratismus. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Verordnungen für Glühbirnen, Staubsauger, Krümmungsgrad von Gurken oder die Seilbahnregelung für Mecklenburg. Diese EU hat 33.000 Angestellte mit Privilegien wie überhöhte Gehälter und keine bzw. geringe Steuerpflicht. Der Lobbyismus wuchert. Am schlimmsten aber ist, daß diese EU ein undemokratisches Konstrukt ist, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten und auch nicht legitimierten Bürokratien gestaltet wird. Martin Schulz: „Wäre die EU ein Staat, der die Aufnahme in die EU beantragen würde, müsste der Antrag zurückgewiesen werden - aus Mangel an demokratischer Substanz.“
EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: „Es fehlt an dem Grundeinverständnis über die Dinge, die in Europa zu leisten sind.“
Ludwig Erhard: „Wehe dem, der glaubt, man könne Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könne es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein, dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens.“ Diese EU braucht dringend eine Generalüberholung, die Kanzlerin A. Merkel verweigert.
Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands bzw. eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.
Wir wollen keine „Vereinigten Staaten von Europa“, kein zentralistisches Europa, sondern ein dezentrales, subsidiäres Europa souveräner Vaterländer,